

Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht

Inhalt · 61. Jahrgang · Heft 6/2016

Aufsätze

Prof. Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer, Dipl.-Kfm., LL.M.

Unternehmensbewertung zwischen Tat- und Rechtsfrage – Der Stinnes-Beschluss des BGH zur Anwendung neuer Bewertungsstandards auf vergangene Bewertungsstichtage

Die angemessene Abfindung für ausscheidende Aktionäre wird in der Spruchpraxis fast ausnahmslos unter Rückgriff auf die berufsständischen Bewertungsgrundsätze der Wirtschaftsprüfer ermittelt. Dass ein neuer Bewertungsstandard (hier: IDW S 1 2005) auf vergangene Bewertungsstichtage angewendet werden kann, hat der BGH in seinem Stinnes-Beschluss kürzlich entschieden. Der Beitrag analysiert diesen Beschluss und ergreift zugleich die Gelegenheit, sich grundsätzlicher zur rechtlichen Dimension der Unternehmensbewertung zu äußern und ihre Verzahnung mit der betriebswirtschaftlichen Bewertungstheorie und der berufsständischen Bewertungspraxis zu erläutern.

185

RA Dr. Jörgen Tielmann / RA Dr. Christian Gahr

Erstreckung des Stimmverbots der Verwaltungsorganmitglieder auf den beherrschenden Aktionär – Sippenhaft im Konzern?

Nach § 136 Abs. 1 Satz 1 AktG kann niemand für sich oder einen anderen das Stimmrecht ausüben, wenn darüber Beschluss gefasst wird, ob er zu entlasten oder von einer Verbindlichkeit zu befreien ist oder ob die Gesellschaft gegen ihn Ansprüche geltend machen soll. Bei Beschlussfassungen, die sich sowohl gegen Verwaltungsorganmitglieder als auch den beherrschenden Aktionär der Gesellschaft richten, gibt die Frage der Reichweite dieses Stimmverbots in der Praxis der Hauptversammlung immer wieder Anlass für Auffassungsdifferenzen zwischen Aktionären und dem Versammlungsleiter. Die Literatur und Rechtsprechung zu dieser Fragestellung ist gerade für Fälle der Beschlussfassung nach § 147 Abs. 1 und 2 AktG sehr spärlich. Im Rahmen dieser Abhandlung sollen die sich in der Praxis ergebenden Rechtsfragen näher erörtert werden.

199

Kommentar

Prof. Dr. Michael Kort

Kriterien der Herabsetzung der Vorstandsvergütung nach § 87 Abs. 2 Satz 1 AktG (Kommentar zu BGH v. 27.10.2015 – II ZR 296/14, AG 2016, 214)

Der BGH äußerte sich am 27.10.2015 erstmals zu einigen grundsätzlichen Fragen der Möglichkeit der Herabsetzung der Vorstandsvergütung gem. § 87 Abs. 2 Satz 1 AktG n.F., so unter anderem zur Herabsetzungspflicht, zu den Herabsetzungskriterien sowie zum Ausmaß der Herabsetzung. Der Beitrag setzt sich teils zustimmend, teils kritisch mit den Ausführungen des BGH auseinander. Zutreffend führt der BGH aus, dass es kein Ermessen bei der Herabsetzung gibt. Die Herabsetzung hat aber entgegen dem BGH ohne Berücksichtigung individuell-subjektiver Kriterien und in größerem Ausmaß als vom BGH angenommen zu erfolgen.

209

Rechtsprechung

Herabsetzung der Vorstandsbezüge in der Insolvenz der AG

BGH v. 27.10.2015 – II ZR 296/14 214

Verfassungsmäßigkeit der sog. Zinsschranke

BFH v. 14.10.2015 – I R 20/15 219

Rechte der Gläubiger von Schuldverschreibungen in der Insolvenz der Schuldnerin

OLG Dresden v. 9.12.2015 – 13 U 223/15 219

Unternehmensbewertung

OLG Karlsruhe v. 23.7.2015 – 12a W 4/15 220

Akteneinsichtsrecht im Strafverfahren

OLG Stuttgart v. 16.5.2014 – 1 Ws 74/14 223

Impressum

R 96